

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlicher Grundpreis 10 Pfennig
mal Einschluß der Postgebühren deutscher Buchhändler zu Leipzig

Verantwortlicher Schriftleiter: Frh. Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Koberstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

Preisgabe des besetzten Gebietes

Neun Monate lang hat die Bevölkerung des besetzten Gebietes die schwere Last des passiven Widerstandes getragen. An der Politik, die diesen Kampf hervorrief, hatte sie keinen Teil, noch ist sie, als die Notwendigkeit und Erfolgsmöglichkeit zur Erörterung stand, zu Rate gezogen worden. Dessenungeachtet hat sie die beispiellose Opfer ohne Markten und Feilschen gebracht. Sie tat das in dem Bewußtsein, der deutschen Sache zu dienen. Um dieser Sache willen haben viele die heimliche Scholle verlassen, ihre Wohlfahrt dahingegeben, die Freiheit geopfert und selbst das Leben. In ihrer Haltung wurde sie von der Reichsregierung ermutigt, von fast allen Deutschen gestützt, von der gesamten Presse mit Lob überschüttet und ihr besonders von den großkapitalistischen Zeitungen der ewige Dank des Vaterlandes in sichere Aussicht gestellt. Und als der Widerstand für beendet erklärt wurde, haben die Kämpfer wiederum nicht nach der Notwendigkeit dieser Schwertung gefragt, sondern sich auch diesmal schweigend daren geschickt, in dem Glauben, daß dies um der deutschen Sache willen geboten sei. Von Anfang bis zu Ende wurde die Bevölkerung des besetzten Gebietes von dem Bewußtsein getragen, daß die schweren Opfer ohne Einwendung zu bringen seien, um die Einheit des deutschen Landes und die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft zu erhalten. Und heute?

Heute hat die Reichsregierung den Beschluß gefaßt, das besetzte Gebiet „vorübergehend“ preiszugeben! Das heißt, es soll der Bevölkerung in den nächsten Tagen die finanzielle Unterstützung entzogen werden und es den Besatzungsmächten überlassen bleiben, für die Millionen Deutsche zu sorgen. Und das tut zu einer Stunde, wo ein großer Teil der Industriebetriebe stillgelegt ist und der Rest die Stilllegung für die nächsten Wochen ankündigt, kurz wo Hunderttausende von Arbeitern ohne Arbeit, ohne Einkommen, ohne Brot auf der Straße liegen. So trifft der Beschluß der Reichsregierung abermals die Schichten am härtesten, die durch den neunmonatigen Kampf am schwersten zu leiden hatten, nämlich die Arbeiterklasse. Wenn das Bürgertum und die Schwerindustriellen so sehr wie die Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden würden, ob dann wohl die Regierung ihren Beschluß gefaßt hätte? Es werden hauptsächlich nur die Proletarier getroffen. Diese Tatsache läßt die Zustimmung erklären, die der Beschluß bei den Reaktionen aller Schattierungen findet. Weil es nur gegen Proleten geht, fehlt auch der Zentrumschrift Stegerwald nicht. In seinem Blatte Der Deutsche weist er auf das Gaager Landkriegsabkommen hin, das die Besatzungsmächte verpflichtet, für die Bevölkerung besetzter Gebiete zu sorgen. So wird indirekt die Entziehung der finanziellen Unterstützung der einkommenslosen Arbeiter des besetzten Gebietes zu bemängeln versucht. Die christlichen Arbeiter können sich mit dem Landkriegsabkommen über ihre Hungerkur hinwegsetzen. Dieses Trostmittel hat ihnen ihr Führer Stegerwald gespendet. Sie mögen sich dafür bei ihm gedankend bedanken.

Der Beschluß der Reichsregierung wird mit dem Mangel an Mitteln begründet. Die Kasse der Staatskasse zwinge, die Zahlung von Unterstützung einzustellen und die Versorgung der Bevölkerung den Besatzungsmächten zu überlassen. Man ist es richtig, daß die Staatskasse zur Zeit nicht genug Geld birgt, um die Millionen, die das besetzte Gebiet heimsucht, zu leisten. Die Zahl der ganz Erwerbslosen wird auf zwei Millionen angegeben, die der Kurzarbeiter auf ebenfalls, und beide Gruppen Hilfsebedürftiger nehmen mit jedem Tag noch mehr zu. Immer mehr eisenindustrielle Großbetriebe haben ihre Tore geschlossen und jetzt kommt die Meldung, daß sämtliche Maschinenwerkstätten des Ruhrgebietes ihren Besatzungen auf den 30. November gekündigt haben. Auch diese Hoffnungsänderung wird mit der Erschöpfung der Betriebsmittel, der Fragwürdigkeit des Erfolges und der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen mit den Besatzungsmächten erklärt. Die Aussichten auf ein besseres Verhandlungsergebnis sind nach amtlicher Meinung überaus gering.

Aber auch wenn man an der Wichtigkeit dieser amtlichen Darlegung nicht zweifelt und zugibt, daß es mit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches überaus traurig bestellt ist, so darf daraus nicht die Preisgabe gefolgert werden, die Menschen des besetzten Gebietes einfach ihrem Schicksal zu überlassen, nachdem sie ihre Pflicht gegen ihr Land und Volk untadelig erfüllt haben und dadurch in bitterster Not geraten sind. Man sollte meinen, daß es nun an der Bevölkerung des besetzten Gebietes wäre, ihre Pflicht gegen die Bevölkerung an Rhein und Ruhr ebenso zu erfüllen, wie diese es gegen das Volk im unbesetzten Gebiet getan hat. Solange in diesem noch ein Saß Wehl oder Kartoffeln ist, muß er mit den Schicksalsgenossen im Westen geteilt werden. Dann muß man doch fragen, ob die Unterstützung von Reichs wegen wirklich nicht mehr aufgebracht werden kann. Es leere, wie behauptet, kann die Staatskasse nun doch wohl nicht sein. Denn die letzten Wochen hat die Reichsregierung ungeheure Summen mit vielen tausend Zentnern Wehl der bayrischen Regierung zur Verteilung überlassen. Man sollte meinen, was für das mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen reich gesegnete Bayern recht ist, müßte für das ausgehungerte Gebiet des Westens billig sein.

Natürlich haben wir schon einmal, und zwar vor gar nicht langer Zeit bombastischer versprochen, die Staatskasse sei ganz am Ende ihrer Leistungsfähigkeit, aber bald darauf konnten wir wahrnehmen, daß noch höllisch viel Geld beschafft werden konnte. Man wird sich erinnern, daß mit dem Antikontingent der Regierung Cuno bestimmt versichert wurde, mit der Erfüllungspolitik müsse Schluss gemacht werden, weil die Staats-

kasse völlig erschöpft sei, um noch weitere Reparationszahlungen zu leisten. Sie sollen nur kommen, hieß es, und sehen, wo sie die verlangten Milliarden finden! Sie kamen. Der Ruhrkrieg begann. Und siehe, zu dessen Finanzierung kamte mit einem Male mehr Geld gefunden werden, als die Reparationszahlung für mehrere Jahre heischte. Jetzt dürsten wohl die meisten bereit, die damals die Behauptung von dem völligen Geldmangel glaubten, überzeugt sein, daß sie getäuscht wurden und daß die Weiterführung der Erfüllungspolitik viel weniger unheilvoll gewesen wäre, als der Ruhrkrieg. Heute heißt es wiederum, es sei kein Geld da, und aufs neue wird den Siegern freigegeben, zu tun, was ihnen beliebt. Ist der Kanzler Stresemann, der aus der schwerindustriellen Volkspartei stammt, vertrauenswürdig als der Kanzler Cuno, der als der Vertrauensmann von Industrie und Wirtschaft galt? Es ist tausend gegen eins zu werten, daß das Geld, das jetzt als einfach unaufbringbar erklärt wird, über kurz oder lang aufgebracht werden muß, werden wird, um die verheerenden Folgen der Preisgabe des besetzten Gebietes zu tilgen. Die Kosten der Cuno'schen Staatsweisheit, so niederdrückend sie auch sind, werden sich als eine geringfügigkeit erweisen neben den Kosten, die der neueste Akt der Stresemann'schen Regierung verursacht. Für die Preisgabe der Erfüllungspolitik muß das ichige Geschlecht sein Lobtag büßen, für die Preisgabe des besetzten Gebietes wird das deutsche Volk bis ins dritte und vierte Glied büßen müssen, und das ohne sichere Aussicht auf gänzliche Wiedergutmachung des Schadens zu haben.

Man kann wohl annehmen, daß sich die Regierung der ganzen Tragweite ihres Beschlusses bewußt ist. Nach halbamtlichen Meldungen verhehle sie sich keineswegs, in welcher schwere Zwangslage die betroffene Bevölkerung komme, doch könne sie nicht lange dauern, denn wenn erst die Besatzungsmächte selbst die Millionen Menschen nähren und für deren Arbeit voll zahlen müßten, sie bald zu Verhandlungen und Entgegenkommen bereit sein würden, so daß das alte Verhältnis zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland bald wieder hergestellt wäre. Kurz, die Regierung nimmt an, die Preisgabe des besetzten Gebietes könne nur eine schnell vorübergehende sein.

Diese Darlegung heißt einen unwillkürlich an die schönen Hoffnungen Cuno's denken. Dieser Unglücksrabe von einem Kanzler baute seine Ruhrpolitik auf einigen über Englands Hauptstadt liegenden Nebelchwaden auf, die seine weltpolitische Schwachmütigkeit für amarschierende Hiltstruppen hielt. Es steht zu befürchten, daß es seinem Amtsnachfolger nicht besser geht. Es ist kein Grund zu haben, der annehmen ließe, daß die Preisgabe des besetzten Gebietes nur kurzfristig sei. Eher ist anzunehmen, daß sie von Frankreich als die so heiß erwünschte Gelegenheit zur Erreichung des hohen Zieles betrachtet und geschickt ausgenutzt wird. Ob sich dann in der deutschen Bevölkerung noch genügender Widerstand zeigen wird, muß sorglich bezweifelt werden. Die Treue läßt sich vielleicht beim Hunde einprägen, aber nicht beim Menschen. Durch den Entzug der Unterstützung, durch das Alleinlassen in ärgster Not, durch das Davonstehen gerade in dem Augenblick, wo die Befähigung der Gemeinschaftspflicht am notwendigsten ist, muß ein tiefergehender Wandel in der Stimmung der gequälten, verlassenen, abgesehenen Menschen eintreten. Der leere Wagen wird das Gefühl bestimmen, die Not den politischen Sturz herbeizulenken, wo sie betrieblert wird. Selbst wenn die Proleten, die die fremde Hand reich, noch so lang sein sollten, es wird nichts-besseres ertragen etwas mehr sein, als was die eigene Volksgemeinschaft darbietet. Das wird zur Entschung und Formung einer neuen Gesinnung nicht wenig beitragen, die später wieder unzufürmen sich sehr schwer erweisen und recht lange dauern kann. Somit halten wir die Meinung für ganz irrig, die Preisgabe des besetzten Gebietes sei nur vorübergehend. Wie dem auch sei, jedenfalls ist es ein strafwürdiges Beginnen, die weisse Bevölkerung im Stich zu lassen. Sie darf nicht dem Hunger überantwortet werden. Die Scheuern, die Geldschränke und die Truben bergen der Nährmittel und des Goldes noch in Fülle. Die Schätze müssen nur eingesetzt und für die brot- und mittellose Bevölkerung verwendet werden.

Den deutschen Sozialisten und Arbeiter bestimmt noch ein anderer Umstand, den Beschluß der Regierung zu bekämpfen. Es ist sehr verdächtig, daß es in erster Linie Reaktionäre sind, die der Preisgabe von Rhein und Ruhr das Wort reden. Wünschen die Schwerindustriellen die (vorübergehende oder dauernde) Trennung von der deutschen Republik, um ungehindert ihre Pläne durchzuführen? Von den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse ist alles zu erwarten. Sie mögen von dem Glauben befreit sein, die Ruhrarbeiterklasse ist unfähig zu machen, wenn sie der staatlichen Unterstützung ausbleibt und durch Hunger geschwächt ist. Sie werden es für möglich halten, einem so gedrückten Proletariat die wiederholt erhobenen Forderungen aufzuzwingen, das heißt, den wichtigsten Erzeugnissen zu bejätigen. Wer weiß, wie bald die industriellen Patrioten in trautem Verein mit der fremden Herrschaft die eigene Arbeiterklasse schinden und auspressen. Wir befürchten, die Preisgabe des besetzten Gebietes wird sich für die Proletenklasse als eine ebenso reiche Geldquelle erweisen als der Ruhrkrieg. In der Verfolgung ihrer materiellen Interessen wird sie keine Sorge um die Einheit des deutschen Landes und um Zusammenbleiben aller deutschen Volksgenossen hemmen. Das ist für den Arbeiter und Sozialisten ein gewichtiger Grund mehr, sich der Preisgabe des besetzten Gebietes aufs äußerste zu widersetzen.

Bewahret klaren Kopf!

Von einem in der vordersten Reihe des Verbandes stehenden Kollegen wird und geschrieben:

S. e. Wer in Versammlungen oder in Privatgesprächen die Stimmung der Kollegen beobachtet, dem muß sich ganz unwillkürlich die Tatsache aufdrängen, daß eine tiefe Unzufriedenheit in den Mitgliederkreisen vorhanden ist. Bald kommt diese Unzufriedenheit zum Ausdruck durch gegen den Verband und seine Leitung gerichtete Vorwürfe, ein anderes Mal heißt es, der VOB verfolge, oder es wird erklärt, die Führer oder die Gewerkschaftsbürokratie seien schuld an dem Elend der deutschen Arbeiterklasse.

Ein nicht geringer Teil der Mitglieder greift in seiner Nerven-erschlagenheit über fehlgegangene Hoffnungen zu Mitteln, die die vermeintliche Untätigkeit der Leitung in eine größere Mührigkeit wandeln sollen. Da wird bei jeder Gelegenheit nach dem Generalstreik gerufen und die Gewerkschaftsangehörigen werden beschimpft und mißhandelt, wenn sie aus richtiger Erkenntnis der für die Arbeiterklasse entstehenden Schädigungen abraten. Ein anderer Teil glaubt, ein neues Erziehungsmittel in der Sperrung des Beitrags für den Verband zu erblicken. Das eine ist so falsch wie das andere!

Versuchen wir einmal, uns sachlich darüber auseinanderzusetzen. Jeder halbwegs vorurteilsfrei denkende Kollege wird zugeben, daß die Not der deutschen Arbeiterklasse auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist. Da ist zunächst darauf hinzuweisen, daß infolge des Krieges unsere Wirtschaft von den wichtigsten Rohstoffen entblößt wurde. Ein Ersatz der Rohstoffe aus dem Ausland war entweder eine Unmöglichkeit oder mit den größten Schwierigkeiten verknüpft. Es kam der Friedensvertrag, der uns Landesteile entriß, die für unsere Ernährung und für die Industrie unerläßliche Rohstoffe lieferten. Der Verlust des Saargebietes und des größten Teils von Oberschlesien nahm uns Kohle und Elektrizität. Wir mußten letztere aus Schweden und Spanien einführen und sie mit Dollar, schwedischen Kronen usw. bezahlen, die wir mit Papiermark kaufen mußten. Die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln wirkte preissteigernd nicht nur auf die Devisen, sondern auch auf die aus den eingeführten Rohstoffen hergestellten Produkte. Dazu kommt der ungeheure Druck der Reparationsverpflichtungen, ferner die Tatsache, daß die fortgesetzten Unruhen und Kämpfe das Mißtrauen des Auslandes auf eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens in erheblichem Maße verminderten.

Darum denn nicht gerade heute immer ein erbitterter Sturz der Mark zu verlangen, wenn die Folgen der politischen Erregung besonders hochgingen! Diese Tatsache gilt es klar zu erkennen und hieraus die richtige Schlussfolgerung zu ziehen.

Saben nun die Spitzenorganisationen ihre Pflicht vernachlässigt und ist ein dahin zielender Vorwurf berechtigt? Es kann doch wohl nicht ernsthaft bestritten werden, daß die Gewerkschaften zu allen großen die Arbeiterklasse betreffenden Fragen Stellung genommen und versucht haben, die Unternehmer wie die Regierungen zu weitgehenden Zugeständnissen zu veranlassen. Wenn die Erfolge auf diesem Gebiete nicht größer waren, so lag das eben an dem beispiellos schwierigen Verhältnis.

Eins haben die Gewerkschaften allerdings unterlassen — und das wird ihnen besonders von denen zum Vorwurf gemacht, die kein anderes Mittel kennen: Sie haben nicht bei jeder Gelegenheit die Generalstreikkompetenz geübt. Und das war gut so! Schon viel zu sehr sind die Kräfte der Arbeiter durch eine gewissenlose und zu nichts führenden Putzaktion geschwächt. Kommt es eines Tages dazu, daß die Arbeiterklasse um wirklich große Ziele, sagen wir um die Erhaltung der Republik, ihre Kraft einsetzen muß, dann werden wir gerade dort mit abgekämpften Divisionen zu rechnen haben, wo die Kollegen dazu leicht bereit gewesen sind, dem Gehalt solcher Leute zu folgen, von denen man nie weiß, woher sie kommen und wohin sie einstmals gehen werden. Gerade die gegenwärtige Lage der Arbeiterklasse erfordert Klarheit und nächsteres Denken, bevor Entschlüsse von größter Tragweite gefaßt werden.

Wer allein hat von einer Wirtschaftspolitik Vorteil? Doch nur das Unternehmenertum. Ihm ist damit sehr oft geradezu ein Gefallen erwiesen. Es spart Material, Kosten, Ausgaben für Löhne und alle übrigen Betriebskosten. Daneben hat es den Vorteil einer tiefgehenden wirtschaftlichen Schädigung der Arbeiterklasse und einer harten Forderung der Kräfte der Arbeiterorganisationen. Gerade auf eine solche Schwächung der Arbeiterklasse zielt die Unternehmertum, weil es dann leichter in der Lage ist, seine Pläne durchzuführen zu können, nämlich: die Einführung des Sechstages, die Verkürzung der Löhnebeiträge, Aufhebung des Betriebsratsgesetzes und ähnliches mehr.

Neben dem Unternehmertum wirken aber auch die gewerkschaftlichen Organisationen von einer Wirtschaftspolitik Vorteile. Es kommt gewiß nicht von ungefähr, daß die Kirche und Christen gerade in solchen Gebieten, wo eine außerordentliche Gelbesverwirrung in die Mitglieder eingezogen ist, eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen haben. Und nirgendwo ist die Zahl der Unorganisierten größer, als in den Gebieten, wo sich die Kollegen am Bestrahlungsmaß betrauen und wo bei jedem Anlaß eine Stilllegung der Betriebe erfolgt.

Der müssen die Kollegen im Lande endlich einmal erkennen und die Konsequenzen der von ihnen geschätzten Vertrauensleute nicht als bisher befehlen. Es ist höchste Zeit, daß wir mit der Restmastei und den harten Worten aufhören und uns für die nächsten Jahre Ziele und die des Gewinns absehen. Außerdem muß auch die Beschimpfung, die Mißhandlung von Gewerkschaften. Es macht sich bedauerlicherweise eine Verminderung in der Arbeiterbewegung bemerkbar, der jeder anständige Kollege mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit entgegenarbeiten sollte. Der pure Ruf der Arbeiterklasse ist in Gefahr. Die Angestellten in den Verbänden sind keine Sozialisten oder Klassen, die man unerschrocken und roh behandeln darf, sondern es sind tüchtende und erprobte Männer, die den in Arbeit stehenden Mitgliedern als treue Berater zur Seite stehen. Sie müssen es sich entschieden verbitten, zum Dank für ihre aufreibende Tätigkeit von den eigenen Klassenangehörigen so behandelt zu werden.

Wieder noch die Frage der Beitragsperre zu besprechen. Könnten durch Beitragsperre die Unternehmer gezwungen werden, den berechtigten Wünschen der Arbeiterklasse eine höhere Bezahlung nachzugeben, so wäre sie verwerflich und berechtigt. Aber die Beitragsperre selbst ist doch einzig und allein gegen die Arbeiterklasse selbst. Gerade in dem letzten Wochen überfüllten sich die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse. Die Organisationsleitungen wollten eingreifen, wollten kühnhandige Unternehmer oder deren Verbände mit dem Mittel des Streiks zurecht machen. Die Mitglieder haben den Verbänden entgegen die Beitragsperre geäußert. Wenn die Verbändeleitungen dann die Gründe

